

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0199/2017/IV

Datum:
02.11.2017

Federführung:
Dezernat IV, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

Beteiligung:

Betreff:

Ausbau der Photovoltaik bei städtischen Gebäuden

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 18. Dezember 2017

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bau- und Umweltausschuss	21.11.2017	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	14.12.2017	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bau- und Umweltausschuss sowie der Gemeinderat nimmt die Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Kosten für die Potentialanalysen	circa 30.000 €
Einnahmen:	
keine	
Finanzierung:	
Mittel sind im Teilhaushalt des Amtes für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie unter der Kostenstelle 3100P402 vorhanden	30.000 €

Zusammenfassung der Begründung:

Um die CO₂-Minderungsziele des Masterplans 100 Prozent Klimaschutz der Stadt Heidelberg zu erreichen, ist eine Umstellung auf eine vollständig regenerative Energieversorgung bis 2050 erforderlich. Dafür muss der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen zur Stromerzeugung im Stadtgebiet weiter vorangetrieben werden. Hierzu soll das Photovoltaik-Potential der städtischen Gebäude und der Gebäude der städtischen Gesellschaften in einem ersten Schritt erhoben werden.

Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 21.11.2017

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 14.12.2017

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Gemäß dem gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Bunte Linke soll die Stadtwerke Heidelberg (SWH) beauftragt werden, ein gesamtstädtisches Konzept zum Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden städtischer Tochtergesellschaften und Liegenschaften auf Basis der Solardachkatasterauswertung zu erstellen, um so das Potenzial für den Ausbau von Photovoltaikanlagen bei städtischen Gebäuden sinnvoll auszuschöpfen. Die Antragsteller sehen bei den Gebäuden städtischer Tochtergesellschaften und Liegenschaften viel Potential für den Ausbau von Photovoltaikanlagen. Die Stadtwerke Heidelberg (SWH) setzen mit Heidelberg ENERGIEDACH erfolgreich den Ausbau von Photovoltaik in Heidelberg um. Auf diesen Erfahrungsschatz und das Know How sollte die Stadt Heidelberg mit ihren Tochtergesellschaften zurückgreifen und wertvolle Synergieeffekte nutzen, um in einem gesamtstädtischen Konzept die in Frage kommenden Gebäude in einem entsprechenden Zeitverlauf sinnvoll mit Photovoltaikanlagen auszustatten.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele der Stadt Heidelberg ist der weitere Ausbau der Solarenergienutzung das größte Potential zur Gewinnung erneuerbarer Energien im Stadtgebiet. Das Solardachkataster weist für Heidelberg ein theoretisch nutzbares Gesamtpotenzial von maximal 405 Megawatt Leistung an Photovoltaik-Anlagen auf, wenn alle sehr gut bis bedingt geeigneten Dachflächen genutzt würden. Bisher werden lediglich ca. 4,4 Prozent des theoretisch nutzbaren Dachflächenpotentials genutzt.

Stadt und GGH

Das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie hat aufgrund des oben genannten Antrags die städtischen Gesellschaften, die über eigene Gebäude verfügen, zu einer diesbezüglichen Besprechung eingeladen und vorgeschlagen, die SWH in einem ersten Schritt mit der Potentialanalyse der Dachflächen der städtischen Gebäude und der Gebäude der städtischen Gesellschaften auf Basis des Solardachkatasters zu beauftragen. Die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) stimmte einer Überprüfung des Photovoltaik-Potentials ihres Gesamtgebäudebestandes durch die SWH zu. Die SWH wird kurzfristig die Angebote bezüglich der Erstellung der Potentialanalysen der städtischen Gebäude und der GGH-Gebäude erstellen. Insgesamt sollen die Angebote der SWH die Potentialanalyse von circa 200 städtischen Liegenschaften und circa 300 Liegenschaften der GGH erfassen. Die Beauftragung soll durch das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie erfolgen.

SWH

Das Photovoltaik-Potential der eigenen Gebäude ist der SWH bekannt und soll entsprechend der Potentialanalyse bei den städtischen Gebäuden und GGH-Gebäuden aufbereitet werden.

AZV

Der AZV Heidelberg hat im Jahr 2014 eine Potentialanalyse zur Nutzung der Dachflächen der Klärwerke Nord und Süd zur Photovoltaiknutzung in Auftrag gegeben. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gebäude eine Vielzahl von Oberlichtern, Aufbauten und Be- und Entlüftungseinrichtungen aufweisen, so dass die Belegungsfläche stark eingeschränkt ist. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Dächer nicht geeignet bzw. sehr bedingt geeignet sind.

TP-HD

Der Technologiepark (TP-HD) Im Neuenheimer Feld weist aktuell wenig Photovoltaik-Flächen auf. Technikaufbauten gestalten das Aufstellen von Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden allgemein schwierig. Die Gebäude sind nicht im Besitz der TP HD GmbH, sondern gehören der RNI Rhein-Neckar-Immobilien. Auf dem Dach des Business Development Centers Organic Electronics (BDC OE) bei den ehemaligen Patton Barracks kann eine Photovoltaikanlage mit bis zu 30 Kilowatt peak errichtet werden – die Abstimmung mit den SWH hierzu laufen. Auch hier erschweren Technikaufbauten das großflächige Aufstellen von Panels.

RNV

Die RNV besitzt bisher keine Gebäude in Heidelberg und über den neuen Standort für den Betriebshof wurde noch nicht entschieden. Grundsätzlich ist die Nutzung von Dachflächen für PV-Anlagen aber möglich.

Aufbauend auf dieser ersten groben Analyse mittels des Solardachkatasters sollen dann in einem weiteren Schritt die am besten geeigneten Dachflächen genauer analysiert werden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
UM1	+	Umweltsituation verbessern
UM2	+	Dauerhafter Schutz von Wasser, Boden, Luft, Natur, Landschaft und Klima
UM4	+	Klima- und Immissionsschutz vorantreiben

Begründung:
Der Ausbau regenerativer Energie könnte die CO₂-Emissionen signifikant reduzieren und bietet eine Chance, die Ziele des Masterplans 100% Klimaschutz umzusetzen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Wolfgang Erichson